



Niederdeutsches Heimatblatt



№. 192

Mitteilungsblatt der Männer vom Morgenstern

Heimatkund an Elbe und Wejermündung, e. V.

Dezember 1965

Der Erwerb von Bremen-Verden durch Hannover

Der im Jahre 1955 verstorbene, große spanische Kulturphilosoph José Ortega y Gasset erklärte in seinem Buch „Das Wesen geschichtlicher Krisen“: „Unsere gegenwärtige Situation ist das Ergebnis der ganzen menschlichen Vergangenheit, und es ist gut möglich, daß einer der Gründe für unsere tiefgehende Desorientierung in der Tatsache zu suchen ist, daß der Durchschnittsmensch nichts von der Geschichte weiß!“ — Nun ich glaube, Ortega y Gasset würde heute sagen, daß auch die Mehrzahl der auf das Zeitgeschehen Einwirkenden von der Geschichte nichts weiß oder nichts aus ihr gelernt hat. — Wir könnten daher eigentlich das Eingekleidete in Stader Tageblatt vom 21. Oktober „ad acta“ legen, wenn es nicht dazu auffordern würde, an Hand darin herausgestellter Einzelheiten aufzuzeigen, wie wenig selbst ein an der Heimatgeschichte Interessierter weiß. Freilich sollten wir hinzufügen: z. T. wissen kann, denn das, was ich Ihnen hier vortragen werde, stammt zwar weitgehend aus einer schwedischen Dissertation des Jahres 1905, über deren Existenz jedoch im deutschen Schrifttum nichts bekannt wurde, obwohl ich in meiner Ausgabe des hannoversch-dänischen Bündnisvertrages von 1715 auf sie hingewiesen habe. Ich denke, hier liegen auch noch Aufgaben des Landschaftsverbandes.

Also unser Einsender stellte Folgendes heraus: „Einmal wurde damals eine ganze Provinz auf friedlichem Wege, ohne daß ein Schuß fiel, erworben und mit den welfischen Landen wiedervereinigt, während im Gegensatz hierzu Preußen ja seine Provinzen durch Bruderkriege eroberte.“ — Diese Wiedervereinigung soll nun erst das tatsächliche Ende des 30jährigen Krieges bedeuten. Weiter: „Aber es dürfte bekannt sein, daß die Bevölkerung in Stadt und Land durch diese Besatzungszeit nur wenig Gutes, aber viel Not und Elend, Unruhe und Belagerungen erlebt hat.“ Die Eingliederung in den hannoverschen Staat habe eine friedliche Entwicklung gebracht, die neue Regierung nach Kräften geholfen, die Wunden der schweren Zeiten zu schließen. „Wenn unsere Heimat dabei scheinbar ‚stiefmütterlich‘ von der hannoverschen — übrigens — es konnte natürlich nicht fehlen — später auch von der preussischen Regierung behandelt wurde, dann lag dies nicht an dem mangelnden Willen der Regierung, sondern an der geographischen Lage des Bezirks.“

Nun, das Erzstift und spätere Herzogtum Bremen beruht im wesentlichen auf der alten Grafschaft Stade, die der letzte Stader, Erzbischof Hartwig von Bremen, dem Erzbischof auftrug, die aber Heinrich der Löwe gewaltsam an sich gerissen hatte. Im Jahre 1236 mußten die Welfen die verschiedentlich hin- und hergewanderte Grafschaft endgültig dem Erzbischof zurückgeben. Das weltliche Territorium des Erzbischofs, das sich seit längerem im Zustand der fortschreitenden Säkularisation befand, kam dann nach seiner Eroberung durch die Schweden im Jahre 1645 durch den Westfälischen Frieden 1648 reichsrechtlich an diese. — Das von den Welfen immer wieder bedrängte, unbedeutende Stift Verden, das bis 1648 gleichfalls selbstständig blieb, kam durch den Friedensvertrag gleichfalls an Schweden. — Von einer Wiedervereinigung kann also gar keine Rede sein.

Die Schweden richteten in Stade eine für damalige Zeiten sehr moderne Verwaltung und Rechtspflege ein. Die Regierung in Stade war recht selbständig und besaß Reichsstandschaft — bis 1719. Von einer Besatzungszeit kann ebenfalls keine Rede sein. Hier fiel unser Einsender offenbar einer allerdings sehr mißverständlichen Stelle in der unbedingt einer durchgreifenden Neubearbeitung bedürftigen „Heimatkunde des Regierungsbezirks Stade“ zum Opfer. Dort wird mit Bezug auf den

Überfall von Münsteranern und Dänen auf Bremen und Verden zu einem Zeitpunkt, als von Reichsacht überhaupt noch keine Rede sein konnte, denen sich des billigen Erwerbs wegen — nachzulesen bei Schnath: „Geschichte der neunten Kur“ — auch die Welfen anschlossen, von einer Besatzungszeit von 1675—1680 gesprochen, die für das Land äußerst drückend war. Daran schließen sich dann einige tatsächlich auf die Schwedenzeit zielende Sätze. Damals allerdings hatte die schwedische Regierung in Stade es abgelehnt, für Herzog Johann Friedrich die nötige Verpflegung für 11 700 Mann und 7000 Pferde aufzubringen, weil sie das nicht aus dem Lande herausholen wollte. Dänen, Münsteraner und auch braunschweig-lüneburgische Truppen haben dann gezeigt, was herauszuholen war. Dies ist jedenfalls eine der Quellen für die bis heute unbewiesene Behauptung von der Notzeit unter schwedischer Fremdherrschaft. Bis heute



Dänische Siegesmedaille mit einer Ansicht von Stade, 1712, vergrößert, Münzsammlung des Morgenstern-Museums

gibt es darüber noch keine auf den Originalquellen aufgebaute Arbeit. Und schließlich wären die meisten der Blutsauger nicht Schweden, sondern Deutsche gewesen!

Schon 1675 haben die Welfen versucht, Bremen-Verden zu gewinnen. Im Celler Hauptvertrag vom 1. April 1677 hatte man sich bereits über die Verteilung der beiden Herzogtümer geeinigt. Die Entscheidung fiel damals schon auf einem anderen Kriegsschauplatz — gegen die Welfen. Immerhin nahmen diese den Schweden zunächst Thedinghausen und Dörverden ab. So wußte man damals bereits, wie man die Welfen mit Bremen und Verden ködern könnte, etwa der Große Kurfürst. Tatsächlich taucht dann auch im Dezember 1683 erstmals das welfische „Secrete desseins contra Suecum“ auf, das alle territorialen Ziele und Bestrebungen der hannoverschen d. h. welfischen Politik einschließt und zugleich enthüllt! Es lief auf eine Neuverteilung Nordwestdeutschlands hinaus (Schnath: Gesch. Hannovers S. 230). Für uns am wesentlichsten: Unter allen Umständen mußte Bremen und Verden an Braunschweig-Lüneburg fallen. Die Welfen sollten dagegen nur ein paar unbedeutende Gebietssplitter abgeben und den beiden Partnern, Dänemark und Brandenburg, nur beim Überfall auf Schweden helfen. Die Umlagerung im europäischen Bündnisssystem infolge der Thronbesteigung der katholischen Stuart Jacobs II. in Eng-

land im Jahre 1685 zwang die Welfen zunächst zur Aufgabe dieses Sekretdesseins. Statt dessen nahmen die Welfen neue Bündnisverhandlungen mit den evangelischen Schweden auf, wobei dieses von Mauritz Vellingk vertreten wurde, dem später gegenüber Georg Ludwig von Hannover so gutgläubigen letzten Generalgouverneur von Bremen-Verden. Dabei entstand des Herzogs von Gottorp wegen ein geheimes Dessein gegen Dänemark und schließlich 1687 ein zunächst einjähriges Defensivbündnis, das dann am 22. Februar 1689 in Stockholm zu einem Angriffsbündnis gegen Dänemark erweitert wurde. Im Anschluß daran konnte Herzog Georg Wilhelm von Celle seinen Gewaltakt starten und das freigewordene Herzogtum Sachsen-Lauenburg gegen das bessere Recht Kursachsens einkassieren. Der zu spät gekommene Kaiser vermochte als Oberlehnsherr nur, das zu Lauenburg gehörige Land Hadeln zu sequestrieren. Wenn es um die Beute ging gab es — wie überall in der Politik — auch für die Welfen keinen Halt vor dem größeren Recht. Nach Hadeln hatten sie eben nicht kommen können, deshalb blieb dieses Ländchen bis 1731 unter kaiserlichem Sequester.

Als die Dänen das rückgängig machen wollten und Ratzeburg belagerten, vermittelte Schweden zu Gunsten der Welfen. Auch in der Frage Holstein-Gottorp waren sich Schweden und Braunschweig-Lüneburg einig gegen Dänemark, schlossen darum im März 1698 ein fünfjähriges Defensivbündnis, wobei Schweden den Welfen Sachsen-Lauenburg garantierte.

Ungefähr gleichzeitig brachen dann zwei langdauernde Kriege aus, die örtlich nichts miteinander zu tun hatten, aber diplomatisch doch manchmal ineinander spielten: der Spanische Erbfolgekrieg (1701—1714), an dem Hannover, seit 1705 mit Celle-Lüneburg vereinigt, wegen der Einführung in die Kurwürde und der Englischen Sukzession gegen Frankreich sehr stark beteiligt war, und der Nordische Krieg (1700—1721), hervorgerufen durch einen Überfall Friedrichs IV. von Dänemark im Bündnis mit Zar Peter und König August d. Starke von Polen auf Holstein-Gottorp im März 1700. Hier gingen Schweden und Hannoveraner wiederum gemeinsam gegen Dänemark vor, ja Kurfürst Georg Ludwig, der den Rücken frei haben wollte, suchte in Stockholm um Verlängerung des Bündnisses nach. Diese wurde am 28. April 1704 wiederum auf 5 Jahre abgeschlossen.

Im Jahre 1709 ereigneten sich auf beiden Kriegsschauplätzen blutige Siege. Ludwig XIV. wurde bei Malplaquet geschlagen, Karl XII. am 8. Juli 1709 bei Pultava. Doch nur die letztere Niederlage war entscheidend: Schwedens Großmachstellung war endgültig ausgeträumt. Das erkannten auch die Zeitgenossen. Dänemark und Sachsen bemühten sich schnell, das Erbe in Deutschland anzutreten. Sie schlossen am 18. Juli 1709 ein Angriffsbündnis gegen Schweden. Das hannoversch-schwedische Bündnis dagegen war ausgelaufen. Als der schwedische Gesandte in Hannover, Frisendorff, wegen einer Verlängerung oder sonst wegen des Schutzes der deutschen Provinzen Schwedens vorstellig wurde, verwies ihn die eine Stelle an die andere. Man wollte keine Antwort geben! Der Kurfürst hätte damals zwar wohl noch bei gewissen territorialen Abgaben der Schweden deren Partei ergriffen, der Geh. Rat riet ab. Man wollte abwarten und man biß auch nicht an, als Kopenhagen mit Teilen von Bremen lockte. Als sich auch August der Starke einschaltete, ließ ihm der entscheidende Minister Bernstorff persönlich positive Zusicherungen zukommen, offiziell hielten der Kurfürst und er sich zurück, ließen aber den Angriffskrieg zu. Zunächst wollte Hannover wegen des noch währenden

Reichskrieges gegen Frankreich Ruhe im Reich und trat darum am 20. März 1710 dem Haager Neutralitätspakt bei, der die deutschen Provinzen Schwedens sicherte. Der dickschädelige Wittelsbacher Karl XII. mißbilligte dann allerdings diese Neutralität und schwächte seine Position weiterhin. Andererseits stand Hannover damals schon mit den Feinden Schwedens in Verbindung, obwohl Karl XII. noch das gegenseitig verbindende Interesse bestätigte. Die hannoverschen Konjunkturritter wollten mit beiden Seiten gut stehen, man wußte ja noch nicht, wer letztlich gewinnen würde. Der erste Vertrag mit Dänemark am 14. Juli 1710 war daher noch recht bedeutungslos. Auch der Vertrag vom 3. Juli 1710 mit dem Zaren hatte wenig auf sich.

Hannover führte nämlich gleichzeitig Verhandlungen mit Schweden wegen einer Anleihe, die ihm durch Pfandsetzung von Teilen von Bremen und Verden leichten Gebietserwerb versprachen. Georg Ludwig verlangte für 240 000 Rthlr die Verpfändung der Vogteien Schneverdingen und Visselhövede auf 25 Jahre, was praktisch Abtretung bedeutet hätte. Alles war schon vorbereitet, da lehnte Karl XII. ab, weil er — wie der Fall Bentheim beweist — mit Recht befürchtete, daß Georg Ludwig nichts wieder herausgeben würde und weil er über die hannoverschen Bündnisse mit seinen Gegnern verärgert war.

Jetzt stellte Hannover den Dänen am 3. Juli 1711 das Geld für einen Einfall in das noch schwedische Pommern zur Verfügung, und zwar wieder gegen eine typische Bedingung: Dänemark mußte gegen 712 640 Rthlr die Grafschaft Delmenhorst und vier oldenburgische Vogteien auf 20 Jahre zu Pfand setzen. Gleichzeitig ließ Georg Ludwigs maßgeblicher Minister durchblicken, daß Schweden zwar vom Reichsboden verschwinden müsse, man aber Dänemark nicht ganz Bremen lassen könne. Beim Zaren und August von Sachsen machte man Vorschläge, daß sie ihren Verbündeten, die Dänen, hindern sollten, über die Elbe nach Westen vorzudringen, falls Hannovers Interessen nicht gewahrt würden.

Bremen-Verden, das also sowohl Dänemark wie Hannover einkassieren wollte, war bei einem Angriff nicht zu halten, allenfalls konnten die Schweden sich in Stade verteidigen. Aber Mauritz Vellingk, der Generalgouverneur, sah klar, daß man nur auf diplomatischem Wege Hilfe erwarten könne. Er wandte sich also an Hannover, an den Kurfürsten selbst. Wirklich erhielt er am 18. Juli 1711 die Zusage, man würde nichts unversucht lassen, die Gefahren von den deutschen Provinzen Schwedens, vor allem Bremen und Verden, abzuwenden, obwohl man am 3. Juli bereits dazu beigetragen hatte, den dänischen Angriff auf Pommern flottzumachen. Auch gewährte man den Dänen gleichzeitig freien Durchzug durch Lauenburg, den man den Schweden verwehrt hatte.

Nun versuchte Vellingk es mit einer Neutralitätserklärung für den Niedersächsischen Kreis. Kurfürst Georg Ludwig versicherte ihm, er würde sich mit allem Eifer dafür einsetzen; er rührte keinen Finger. Auf einen offenen Bruch mit Schweden wollte er es andererseits damals noch nicht ankommen lassen; er wollte erst den Erfolg des dänischen Angriffs auf Pommern abwarten, erklärte sich aber grundsätzlich zu einem engeren, d. h. einem Angriffsbündnis mit Dänemark bereit und verlangte dänische Vorschläge. Dabei fiel ein bezeichnender Satz: „Man wüßte, daß die Einkommen in Bremen-Verden nicht so hoch seien, wie man allgemein annehme!“ Doch der Dänenkönig Friedrich IV. traute seinem Partner nicht, er wollte sich nicht festlegen. So zogen sich die Verhandlungen in die Länge.

Mit Sachsen wurde gleichfalls verhandelt. Jetzt ließ Georg Ludwig die Katze aus dem Sack: „Man wolle in Bremen nicht gern eine Macht haben, die gefährlicher sei als Schweden“, nämlich Dänemark; auch wüßte man zu wissen, was Preußen erhalten solle. Wie Schartau richtig sagt: „Hannovers Neid auf Preußen war sehr groß.“ — Da Georg Ludwig nichts riskieren, aber dennoch viel gewinnen wollte, liefen sich auch hier die Verhandlungen fest, zumal das Gerücht umlief, England, Frankreich und Schweden wollten eine Trippelalliance eingehen.

Nachdem Hannover dann dem dänischen Heer abermals den Durchzug durch Lauenburg, nun zurück nach Holstein, gestattet hatte, begann Dänemark im März 1712 auch öffentlich mit den Vorbereitungen zum Einfall ins Bremische. Die für Stade benötigte Belagerungsartillerie stellte König August von Polen/Sachsen. Ende Mai 1712 suchte er um deren freien Durchgang auf der Elbe in Hannover nach. Er erhielt ihn. Nun wußte man in Hannover, daß es um Stade ging. Dennoch, als Vellingk in Hannover um Zusicherungen zum Schutz von Bremen-Verden bat, erklärte ihm der Kurfürst, die Dänen beabsichtigten nichts gegen Bremen, sondern würden in ganzer Stärke nach Pommern ziehen. Im übrigen lehnte er jedes Eingreifen ab. Dann bat Vellingk, zwei oder drei hannoversche

Regimenter unter der Firmierung von Kreistruppen als „sauvegarde“ in Stade einzulegen. Das hätte sicherlich die Beschießung Stades ausgesetzt. Es wurde abgelehnt. Nur Preußen und Wolfenbüttel stellten je eine bzw. zwei Kompanien Kreistruppen, die aber außerhalb Stades lagerten. Man bemühte sich hannoverscherseits allerdings anscheinend darum, Friedrich IV. einen Einfall abzuraten. Tatsächlich stellte es der hannoversche Gesandte Grote so ab, daß er den dänischen König nie erreichte. Statt dessen teilte der dänische Generalleutnant Wedel am 21. Juli in Hannover mit, daß der Einmarsch nunmehr statfinde. Er verlangte freien Durchzug für seine Kavallerie über Zöllenspieker nach Buxtehude. Der wurde ihm allerdings abgelehnt. Auch teilte ihm Benstorff mit, Hannover sähe sich gezwungen, Truppen nicht nur längs der Elbe, sondern auch längs der Elbe und Wümme zu postieren, da die dänischen Truppen die Pest mit sich brächten. Das bedeutete Besetzung von Verden und von einem kleinen Teil Bremens. Umsonst beteuerte Wedel, im dänischen Heer gäbe es keine Pest. Immerhin machte ihn Hannover nicht darauf aufmerksam, daß gemäß Bündnisvertrag von 1710 Dänemark den Niedersächsischen Kreis nicht verletzen dürfe.

Am 22. Juli 1712 erließ Friedrich IV. von Itzehoe aus sein Kriegsmanifest gegen Bremen-Verden und brachte von Glückstadt aus 11 000 Mann über die Elbe, die bei Drochtersen und mit ihm selbst bei Cranz landeten. Vellingk standen demgegenüber etwa 400 Dragoner und drei bis vier Bataillone Fußvolk an regulären Truppen sowie etwa 2000 Mann Landsoldaten zur Verfügung. Einem zur Verstärkung aus Zweibrücken herbeieilenden Bataillon wurde von Hannover der Durchmarsch verweigert. — Als Herzog Anton Ulrich von Wolfenbüttel Hannover aufforderte, gemeinsam bei Kaiser und Reich Dänemark als Reichsfeind erklären zu lassen, wurde das von Hannover unter einem fadenscheinigen Vorwand abgelehnt.

Die Dänen schlossen die keineswegs gut proviantierte Festung Stade, die Vellingk kurz vorher verlassen hatte, schnell ein. Sobald die sächsische Belagerungsartillerie angelangt war, begann das Bombardement. Über 3000 Bomben wurden in die Stadt geschleudert, die weitgehend der Vernichtung anheimfiel. Hieran war Hannover mitschuldig.

Die Besetzung von Verden und Ottersberg durch Hannover geschah dagegen mit Vellingks Zustimmung. Bernstorff hatte versichert, Hannover wolle das Gebiet für Schweden sichern. Georg Ludwig sandte den Generalmajor von Klinkowström nach Stade, der die schriftliche Versicherung abgab, der Kurfürst werde alles wieder räumen, sobald auch die Dänen das Herzogtum Bremen räumten, er werde sich auch in keinerlei Verwaltungsangelegenheiten mischen. — Damit hatte der Kurfürst sein Faustpfand für den Augenblick der Teilung.

Dänemark war gar nicht einverstanden, doch Georg Ludwig mußte sein Land ja vor der nicht vorhandenen Pest schützen. Er wollte indes den Dänen aus dem von ihm besetzten Gebiet Kontributionen und Fourage zugehen lassen — trotz seiner schriftlichen Zusage an Vellingk. Dem traute — wie sich zeigen sollte — mit Recht Friedrich IV. nicht, aber er konnte gegen Hannover nichts unternehmen, da er seine Truppen in Pommern benötigte, von dem er ja auch einen Teil haben wollte.

Es ging Hannover nun darum, seine Beute zu sichern, ja, sie noch zu vermehren, denn man sah Bremen noch lieber in schwedischer als in dänischer Hand. So befürwortete Hannover auch den Braunschweiger Kongreß, auf dem die Neutralisierung des nördlichen Reichsgebiets und damit die vorläufige Sicherung von Verden für Hannover beschlossen werden sollte. Den Schweden gegenüber aber erklärte man, der Kurfürst sei zu rechtschaffen, um ein Schweden derart nacheiliges Projekt auch nur im geringsten zu unterstützen. Weiter kann die Doppelzüngigkeit nicht gehen!

Nachdem das letzte schwedische Heer unter Steenbock am 5. Mai 1713 kapituliert hatte, der Frieden zwischen dem Kaiser und Frankreich am 7. März geschlossen worden war, gab es für Hannover kein Risiko mehr, mit Schweden nun auch offen zu brechen. So suchte man zunächst ein Bündnis mit Dänemark, allerdings in solcher Heimlichkeit, daß nur der Kurfürst und Bernstorff darum wußten, nicht die anderen Geheimen Räte. Auch durfte der hannoversche Gesandte in Kopenhagen nicht eingeweiht werden. Doch wiederum sollte der dänische König Vorschläge machen. Diesen Bündnisvorschlag überreichte der dänische Gesandte in London, Rosenkrantz, am 12. Mai 1714 dem hannoverschen Sonderbeauftragten Fabrice in Braunschweig. Wie schon 1676 verlangte Dänemark den nördlichen Teil des Herzogtums Bremen von etwa Drochtersen bis Wursten als Landbrücke nach Oldenburg, dagegen sollte Hannover Verden, Ottersberg und den östlichen Teil Bremens mit Stade, erhalten, der Rest an Gottorp kommen. Der Kurfürst sollte ihn u. a. bei der Eroberung Südschwedens unterstützen.

Hannover verlangte indessen das bereits eroberte Bremen und Verden vor der Kriegserklärung an Schweden, wollte auf kaltem Wege auch Delmenhorst einsacken, bot dafür die um bestimmte Schadensansprüche verminderten Kontributionsrückstände aus Verden und einen Beitrag zu den Unkosten der Eroberung von Stade und überließ Dänemark großzügig die Eroberung des ihm zugeordneten Pommern. — Darauf konnte sich Friedrich IV. natürlich nicht einlassen.

Diese Verhandlungen liefen schon lange, als sowohl der Kurfürst und Bernstorff dem schwedischen Gesandten versicherten, sie bemühten sich nach allem Vermögen um das Beste Schwedens! Gleichzeitig teilte man dies dem dänischen Gesandten zum Bericht an Friedrich IV. mit dem Bemerkung mit, dies sei alles bedeutungslos. Ja, als dem vertrauensseligen Vellingk ein Teilungsplan in die Hände fiel und er in Hannover nachfragen ließ, erklärte Bernstorff: „Ach nein, wir sollen auch etwas bekommen“. Sein Kollege Götz, der keine Ahnung hatte, wollte sogar in Berlin, woher der Plan stammte, dagegen Vorstellungen erheben lassen.

Nun, damals befand sich Hannover seit längerem auch schon in Verhandlungen mit Berlin wegen Teilung der schwedischen Beute. Allerdings hatte man vorher schon vorsorglich in Petersburg vorstellen lassen, Preußen nicht zuviel von Pommern abzugeben. Und wiederum typisch: Hannover verlangte von Preußen die Abtretung großer Gebietsteile Preußens gegen die freundliche Zustimmung, daß dieses sich Teile von Pommern eroberne. Schließlich kam man am 11. November 1714 doch zu einem Vertrag über die Verteilung der schwedischen Provinzen in Deutschland, wobei Preußen sich bereit erklärte, von seinem Besitz einiges herauszugeben. Über Frankreich erfuhren die Schweden davon. In Hannover erklärte man auf ihre Anfrage, das sei alles französische Erfindung.

Mittlerweile hatte sich des Kurfürsten Stellung verändert. Am 11. August 1714 verstarb Königin Anna von Großbritannien und Georg Ludwig folgte als Georg I., der sofort Karl XII. seiner beständigen Freundschaft versicherte. Tatsächlich setzte er seine hannoversche Politik weiter fort. Freilich mußte er erst die Parlamentswahlen abwarten; siegten nämlich die Tories, dann konnte er sich keine Extratouren leisten. Auch waren diese gegen den Erwerb von Bremen und Verden, während die Whigs den Gedanken aus Cromwells Zeit, Bremen und Verden und damit die Elb- und Wesermündung zu erwerben, sicherlich wieder aufgriffen. — Die Whigs siegten mit großer Mehrheit. Sofort darauf ließ Georg I. durch den russischen Gesandten in London, Schack, der über Kopenhagen zurückreiste, dort seinen endgültigen Vorschlag zu einem Bündnis mit Dänemark überreichen. Er verlangte u. a., daß ihm Bremen vierzehn Tage nach Aufforderung übergeben werde. Darauf würde er sofort Schweden den Krieg erklären. Dagegen versprach er einen Beitrag zu den Kriegskosten und die Gestellung von 6000 Mann, wenn Schweden Dänemarks deutsche Provinzen angreife. Nun begann das Feilschen — in Berlin, wo gleichzeitig noch hannoversch-preußische, preußisch-dänische Verhandlungen liefen. Und dabei ließ Georg I. erklären, eine britische Flotte werde schnellstens in die Ostsee segeln, um nicht nur die britischen Handelsfahrzeuge gegen schwedische Kaper zu schützen, sondern auch um die Eroberung von Stralsund und Rügen zu unterstützen. Also: die Lockung mit der britischen Flotte stand doch — anders als Genzel erklärt, der diese Akten nicht kannte — im Hintergrund der Verhandlungen. Vertraglich konnte das allerdings nicht fixiert werden; denn damit verstieß Georg I. gegen den „Act of Settlement“. Mündliche Versprechungen glaubten ihm seine Partner nicht! Friedrich Wilhelm I. begann nun Verhandlungen mit Karl XII., der es indes glänzend verstand, alles, was ihm auch irgendwie freundlich gesinnt war, vor den Kopf zu stoßen. So war der Bruch mit Preußen endgültig. Am 27. April 1715 wurde der hannoversch-preußische Bündnisvertrag unterschrieben. Georg I. gab dazu eine feierliche Versicherung über das Eingreifen der britischen Flotte. Der Vertrag setzte aber die beiden weiteren Bündnisse voraus.

Dänemark war durch Preußens Eingreifen zum Nachgeben gezwungen worden; so wurde am 2. Mai 1715 der dänisch-hannoversche Vertrag aufgesetzt, und zwar wiederum unter dem stillschweigenden Eingeständnis des Eingreifens der britischen Flotte. — Unmittelbar darauf schlossen am 17. Mai auch Dänemark und Preußen ab. Der Krieg gegen Schweden begann in Pommern. Aber Georgs Wort auf Treu und Glauben wegen des Eingreifens der Flotte ging nicht in Erfüllung. Und u. a. deswegen ratifizierte Friedrich IV. den hannoversch-dänischen Vertrag nicht. Auch Friedrich Wilhelm I. beschwerte sich in London, weil die britische Flotte nicht eingriff. Erst am 17. Juli wurden die Ratifikationen zwischen Hannover und Kopenhagen ausgetauscht.

Obwohl die Schweden jetzt sichere Kenntnis darüber erhielten, weil ihnen der Brief Hannovers an

die dänische Regierung in Stade wegen Räumung Bremens in die Hände gespielt wurde, stritten die Hannoveraner in London immer noch alles ab. Der Bruch trat auch tatsächlich noch nicht sofort ein, denn die Dänen ließen sich nicht völlig übers Ohr hauen. Erst am 5. August reiste der dänische Kammerdirektor Weyse nach Stade mit allen für die Übergabe nötigen Unterlagen. Kurz nach ihm erschienen der hannoversche Kammererrat Schloen und Ramdohr, um Bremen zu übernehmen. Ihnen wurde erklärt, erst alle Restanten außer der Kaufsumme von 300 000 Talern bezahlen, sonst wird nicht geräumt. Obwohl Georg I. an den hannoverschen Gesandten Püchler in Kopenhagen einen Befehl sandte, Admiral Norris möge einen Teil seiner Flotte mit der dänischen vereinigen, damit Friedrich IV. Bremen abtrete und die Ausbezahlung der Restanten nicht abwartete, nutzte dieses Manöver auf Kosten Großbritanniens nichts, erst das Geld, dann Bremen!

Da kam die Nachricht, daß ein starkes russisches Heer nach Pommern unterwegs sei, und Friedrich IV. verlangte, daß ein Teil desselben seine Winterquartiere in Bremen und Verden nehme. Georg I. wurde unruhig. Er wollte nun die Forderung von Restanten in Höhe bis 150 000 Talern bewilligen unter Vorbehalt der kommenden Liquidation, zum anderen dachte, er, sich des Herzogtums mit Gewalt zu bemächtigen. General Bülow sollte dazu 6000 Mann bereit halten; Generalleutnant von Rantzau wurde in fingierter Mission nach Stade gesandt, um alles für einen Überfall zu erkunden. Dieser war durchaus möglich; in Stade waren nicht mehr als 800 Soldaten. Doch am 10. September blies Georg alles wieder ab. Er war jetzt bereit, alle Restanten zu bezahlen.

Am 1. Oktober waren sich die Verhandlungspartner in Stade einig geworden und hatten die Restanten auf 413 000 Taler veranschlagt. Am 2. Oktober wurden die Landstände für den 15. nach Stade zur Huldigung einberufen. Die Übergabe ging am 15. Oktober tatsächlich vor sich. Damit war der Preis für die hannoversche Kriegserklärung bezahlt, Hannover erklärte Schweden den Krieg am gleichen Tage. Hannover hatte nun Bremen und Verden für 790 660 Rthlr. einschließlich Schmiergeldern de facto in Besitz; aber nicht de jure. Was von den üblichen Garantien zu halten war, konnte es an seinem eigenen Verhalten bestens ablesen.

Georg I. wünschte nun auch noch die offizielle Abtretung Bremen und Verdens durch Schweden. Er begann in Stockholm über den hessischen General Rank Verhandlungen mit Karl XII. Gegen die Anerkennung des Besitzes von Bremen und Verden wollte er die Defensiv-Alliance zwischen England und Schweden vom Jahre 1700 erneuern. Karl XII. wollte die Herzogtümer wohl verpachten, aber nicht abtreten. Auf die Verpachtung wiederum wollte Georg I. nicht eingehen, bot aber 300 000 Taler als Kaufsumme. Ja, er wollte sogar nur einen Teil unter Vorbehalt des Rückkaufs durch Schweden erwerben. Im Januar 1718 wurden gleich 3 Projekte eines Vertrages ausgearbeitet, worin zum erstenmal die Kaufsumme von einer Million Taler erscheint, wogegen Karl XII. den Kaiser bitten sollte, Hannover mit Bremen und Verden zu belehnen. Dieses Entgegenkommen beruhte wohl darauf, daß Georg als erster damals die Gefahr erkannte, die vom russischen Bären drohte. Er wollte freie Hand gegen Rußland haben.

Nach dem Tode Karls XII. versuchte Georg I. sogleich, mit Königin Ulrica Eleonora Frieden zu schließen. Diese war einverstanden, stellte aber ziemlich hohe Forderungen. Der Einfall der Russen in Schweden kam dann Georg I. entgegen. Unter dem Druck russischer Truppen vor Stockholm wurde ein Präliminarfriede am 22. Juli 1719 zwischen Bremen und Hannover geschlossen. Schweden trat Bremen und Verden formell ab und erhielt 1 Million Taler. Jeder der schwedischen Unterhändler 10 000 Taler. Am 20. November 1719 wurde der endgültige Friedensvertrag unterzeichnet. Damit erst erhielt Hannover den wahren Besitz von Bremen und Verden gemäß den Bestimmungen des Osnabrücker Friedens, also mit Sitz und Stimme auf den Kreis- und Reichstagen. Bremen und Verden waren damit Teil des Kurfürstentums Braunschweig-Lüneburg geworden; sie gehörten aber nicht zu den Kur-, sondern zu den „übrigen Deutschen Landen“ — bis heute — und das zeigt sich dem, der sich in den Akten umsieht, immer wieder. Hannover hat zwar für Stade recht viel Geld ausgegeben, aber es wollte kein Geld mehr anlegen. Das im einzelnen nachzuweisen, dürfte nicht schwerhalten, wäre aber Aufgabe eines eigenen Vortrages. Immerhin sei dem Leser nicht vorenthalten, daß in Verden noch sehr lange der Wunsch nach Rückkehr zu Schweden bestand, daß sich nichts regte, die Hundertjahrfeier des Erwerbs zu begehen.

Staatsarchivdirektor Dr. Drögereit, Stade

Zur Neuausgabe der Allmers-Werke

Allmers' Werke erreichten schon zu Lebzeiten des Marschdichters eine erstaunliche Auflagenhöhe, die nach seinem Tode noch anstieg. An der Spitze stehen „Römische Schlendertage“ mit insgesamt 12 Auflagen, die letzte im Jahre 1913, und das Marschenbuch mit der 7. Auflage von 1922. Seit langen Jahren waren diese Werke vergriffen, ganz abgesehen von der Gesamtausgabe, die der Allmers-Verleger Schwarz in 6 Bänden 1891—96 herausgab.

In den letzten Jahren hat der Vorstand der Hermann-Allmers-Gesellschaft — insbesondere die Herren Oberkreisdirektor Klemeyer und Hofbesitzer Hans Knoop — unentwegt den Plan einer Neu-



Hermann Allmers als 24jähriger in München.
Neuerwerbung der Allmers-Gesellschaft

ausgabe vorangetrieben und dafür die nötigen Mittel zusammengebracht. In diesem Herbst erschien dann auf dem Büchermarkt der stattliche Band:

Hermann Allmers. Werke, herausgegeben und bearbeitet im Auftrage der Hermann-Allmers-Gesellschaft von Kurt Schulz, 640 Seiten und 9 Abb. auf Tafeln, 1 Karte, Leinen, im Schuber 18.- DM.

Der Herausgeber ist den Allmers-Freunden kein Unbekannter. Seit fast 30 Jahren ist der gebürtige Pommer und frühere Bibliotheksrat bei der Bremer Landeskirche, der am 21. Juli 1965 seinen 65. Geburtstag feiern konnte, mit Allmers' Werken vertraut.

1939 erschien sein Buch „Briefe von Hermann Allmers und Briefe aus seinem Freundeskreis“, im selben Jahr folgte „Hermann Allmers. Aus Heimat und Ferne“, eine Auswahl aus dem dichterischen Werk, in einem Hamburger Verlag.

Nach dem Kriege, 1955, kam das Auswahlbändchen „Hermann Allmers, der Dichter aus Rechtenfleth, Heimat, Geschichte, Welt“ heraus; 1961 folgte eine 2. Auflage.

Über den Allmers-Biographen Theodor Siebs, den Verfasser des bis heute unübertroffenen Allmers-Buches „Sein Leben und Dichten“ aus dem Jahre 1915, schrieb Dr. Schulz 1964 im Jahrbuch der schlesischen Friedrich-Wilhelm-Universität zu Breslau (Würzburg 1964). Von 1902-1933 hatte Professor Dr. Siebs, einer der ersten „Wahlneffen“ des Dichters, in Breslau einen Lehrstuhl für Germanistik inne.

Die Neuerscheinung ist wie die letzten Allmers-Ausgaben ein Auswahlband, der eine gehörige Portion Vertrauen der Gesellschaft zu dem Herausgeber und Bearbeiter voraussetzt, gilt es doch auszuwählen, zu kürzen und schließlich auch... zu streichen, um Allmers dem gegenwärtigen Publikum „lesbar“ zu machen. Schulz ist diese Arbeit sicherlich gelungen. Er ist aber noch darüber hinausgekommen: Neben dem vertrauten Marschenbuch „Hauptmann Böse“, „Römische Schlendertage“ und dem Drama „Elektra“ (zuletzt aufgeführt 1921 im Bremerhavener Stadttheater), neben einer Gedichtauswahl erscheint erstmalig in Allmers' Werken der Reisebericht aus dem Jahre 1845 „In Tirol und Oberitalien“; bislang nur einmal — in Fortsetzung vom 30. Mai 1846 bis zum 27. Oktober 1847 — in der Bremer Zeitung für Politik, Handel und Literatur abgedruckt. Für den jungen Allmers hatte dieser erste größere Erfolg die endgültige Hinwendung zu schriftstellerischer Wirksamkeit bedeutet, schwankte er vorher noch zwischen naturforschender und zeichnerischer Betätigung. Zu der Frische unmittelbaren Erlebens in diesen Schilderungen, in jugendlicher Unbekümmertheit, manchmal von leichter Ironie durchwoben, paßt das Münchener Bildnis des begeisterungsfähigen Jünglings auf S. 384/385.

Der Sachse & Pohl Verlag hat die Neuausgabe überhaupt gut mit Bildern ausgestattet, wobei zu Bekanntem (u. a. Lenbach-Bildnis, Wandbild aus dem Grafenhof, Marschenheim) bislang Unbekanntes tritt, wie das Ölbild einer Wurtengirke im Winter und Zeichnungen aus Verona und Capri.

In einem Nachwort zeichnet Kurt Schulz, der auch vor kritischen Bemerkungen nicht scheut, ein Lebens- und Charakterbild des Dichters. Eine kleine Anmerkung zu Seite 631: H. Riehls „Naturgeschichte des deutschen Volkes“ (nach 1851) hat Allmers weniger zu seinem Marschenbuch angeregt als das Werk von J. G. Kohl „Beschreibung der Inseln und Marschen Schleswig-Holsteins“ (1846). Aber über das Marschenbuch schloß Allmers mit Riehl eine lebenslange gute Bekanntschaft.

In die Bibliographie am Schluß des Werkes konnte leider eine Arbeit nicht mehr aufgenommen werden, da man zu spät von ihr Kenntnis erhielt. Sie sei hier nachgetragen: Heinrich Brömse über Hermann Allmers in Goedekes Grundriß zur deutschen Dichtung, NF, Dresden 1940. Das Erscheinen im Kriege hatte zur Folge, daß die Allmers-Forscher kaum Kenntnis erhielten von dieser überaus gründlichen Bestandsaufnahme des Allmersschen Schaffens, auch in Vertonungen und Übersetzungen.

Wenn zum Schluß noch ein Wunsch frei ist, dann der, daß es der Allmers-Gesellschaft und ihrem Literaten, Dr. Schulz, möglich wird, diesem wohlgeordneten Band die auf Seite 634 erwähnte Briefauswahl folgen zu lassen, für die das Allmers-Archiv in Rechtenfleth noch viele ungehobene Schätze birgt!

Gert Schlechtriem



Niederländische Tabakdose von 1740, Unterseite mit Bilderrätseln, Privatbesitz in Wersabe

